

## **Abacha-Gelder: Demokratische Rückführung gefordert**

**Ende 2003 ist bekannt geworden, dass ein Teil der in Genf blockierten Gelder des ehemaligen nigerianischen Militärdiktators Sani Abacha an Nigeria zurückgegeben werden. Die AFP fordert, dass diese 110 Millionen Franken der nigerianischen Bevölkerung zu Gute kommen.**

Lis Füglister

Das Genfer Gericht sprach einen britischen Finanzberater schuldig, die kriminelle Organisation Abachas unterstützt und Geldwäscherei in grossem Umfang betrieben zu haben. Dem Verurteilten wurde eine Busse von 400'000 Franken auferlegt. Die im Rahmen eines Geldwäschereiverfahrens blockierten Gelder wurden zur Rückgabe an Nigeria freigegeben. Da die Rückführung von Staatsgeldern eine Angelegenheit des Bundes ist, wird das Bundesamt für Justiz demnächst über die Bedingungen der Rückgabe zu entscheiden haben.

Im Hinblick auf den anstehenden Entscheid gelangte die AFP zusammen mit fünf weiteren Nichtregierungsorganisationen und unterstützt von verschiedenen VertreterInnen der Nigerdelta-Bewegungen in einem offenen Brief an Bundesrat Christoph Blocher. In diesem Schreiben begrüssen wir das Urteil der Genfer Justiz, einen ersten Teil der Fluchtgelder des ehemaligen Militärdiktators Sani Abacha freizugeben. Wir fordern den Bundesrat auf, zu veranlassen, dass die Rückführung der Gelder nach Nigeria an Bedingungen geknüpft wird, die sicherstellen, dass das Geld demokratisch kontrolliert im Interesse der nigerianischen Bevölkerung eingesetzt wird. Da Nigeria laut unabhängigen Einschätzungen als eines der korruptesten Länder bekannt ist, müsste bei einer bedingungslosen Rückgabe der Gelder davon ausgegangen werden, dass diese nicht der nigerianischen Bevölkerung sondern den politischen und wirtschaftlichen Eliten zu Gute kämen.

Wir fordern den Bundesrat zudem auf, die Rückführung der Abacha-Gelder an die Auflage zu knüpfen, dass mit einem Teil dieser Gelder ein Fonds eingerichtet wird, aus dem diejenigen Personen, welche noch heute unter den Folgen des repressiven Militärregimes von Abacha leiden, angemessen entschädigt und Umweltschäden in den Erdölfördergebieten so weit als möglich saniert werden. Die Ansprüche der Opfer sind unbestreitbar. Während Abacha und seine Entourage skrupellos Gelder von der Staatskasse auf Schweizer Bankkonten transferierten, wurden Tausende von Nigerianerinnen und Nigerianer, die sich gegen das brutale Regime zur Wehr setzten, gefoltert und umgebracht.

Bei den von der Genfer Staatsanwaltschaft freigegebenen 110 Millionen Franken handelt es sich um einen kleinen Teil der in der Schweiz blockierten Abacha-Gelder. Weitere Verfahren zur Deblockierung von rund 900 Millionen Franken werden folgen. Die Aktion Finanzplatz Schweiz wird die Verfahrensschritte des Bundesamtes für Justiz genau beobachten. Zusammen mit den andern Organisationen aus der Schweiz und aus Nigeria gehen wir zur Zeit der Frage nach, ob und in welcher Form juristische Mittel ergriffen werden können, damit die Opfer von Menschenrechtsverletzungen angemessen entschädigt werden.